

Bahn jammert wegen der Kosten

16.07.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

Bahn jammert wegen der Kosten

Einladung in den Bahn-Tower: IG BOHR drängt auf Korrekturen / Bahn kann sich's »nicht leisten«

Eine Delegation der in der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) zusammengeschlossenen oberrheinischen Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm weilte in der Hauptverwaltung der Deutschen Bahn (DB) AG in Berlin.

Freiburg. Einer Einladung nach Berlin folgte eine Delegation der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR): Jürgen Illing, Leiter Politische Beziehungen im DB-Konzern, empfing sie im BahnTower in Potsdam – als Antwort auf ein Schreiben der IG BOHR an Bahnchef Hartmut Mehdorn. Beim Gespräch ging es um die Chance einer Umsetzung von BADEN 21, einem Forderungskatalog zur Alternativtrasse der Bürger vom Oberrhein vom Markgräflerland bis Offenburg. Im Gegensatz zu den Planungen der Bahn verläuft diese Trasse in teils gedeckelter Tieflage, außerhalb der Wohnbebauung und in Offenburg in einem Tunnel.

Illing bescheinigte der IG einen Bekanntheitsgrad, der dazu beigetragen habe, dass das Thema Schienenlärm in der Politik angekommen sei.

Die BI-Vertreter kritisierten, dass die Bahn am Oberrhein wegen ihres Betriebskonzept an der geplanten Streckenführung festhalte. Es müsse sich nach den Menschen richten – nicht umgekehrt.

Die DB-Vertreter zeigten sich beeindruckt von den Folgen des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn, wiesen aber darauf hin, dass sich die Bahn gesetzeskonform verhalte. Wegen des bestehenden Rechts- und Finanzrahmens könne die Bahn nicht im Sinne der betroffenen Menschen besser bauen: Sie könne es sich nicht leisten. Die BI-Vertreter warnen, dass der Bund Gefahr laufe, wegen des Widerstands der Bevölkerung gar nicht bauen zu können.

Die DB sieht beim Ausbau der Rheintalbahn noch Verbesserungsmöglichkeiten durch flexiblere Handhabung der rechtlichen Bestimmungen und eine Ausweitung des Finanzrahmens. Die Vertreter der IG BOHR bestehen darauf, dass Neu- und Ausbaumaßnahmen nach dem derzeitigen Stand der Technik erfolgen müssen. Dazu sei auch die Politik gefordert. DB und BI sehen hier eine gemeinsame Position: Der Topf für Schienenausbaumaßnahmen müsse größer werden.

Nach Ansicht von Werner Klingberg, DB-Konzernbevollmächtigter für Baden-Württemberg, sollte durch Prioritätensetzung eine Mittelerhöhung für das Oberrheintal geschaffen werden.

Die Strategie der IG BOHR, über den Konsens mit der Lokalpolitik die Landes- und Bundespolitik für die Problemlösung am Oberrhein zu gewinnen, wird von den DB-Vertretern unterstützt.